

Stefan Zimkeit (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei der Opposition bedanken, dass sie dem verkürzten Verfahren zugestimmt hat. Ich glaube, es ist richtig und notwendig, die angesprochenen Maßnahmen schnell auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der SPD)

Da diese Maßnahmen im Kern aber augenscheinlich unumstritten waren, kann ich nicht nachvollziehen, warum die Opposition sich windet, Pirouetten dreht und Spagate macht, um irgendwie Begründungen zu finden, diesem Nachtrag nicht zustimmen zu können. Das ist nicht nachvollziehbar.

Herr Optendrenk, Sie haben mir in einer Rede zu einem anderen Thema vorgeworfen, ich würde noch die Textbausteine von 2010 verwenden. Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen schmeißen, Herr Optendrenk! Sie halten hier nämlich noch die gleichen Reden, wie Sie sie gehalten haben, als wir eine Verschuldung von 6 Milliarden € übernommen haben. Sie haben die gleiche Rede gehalten, ohne zu berücksichtigen, dass wir die Neuverschuldung mittlerweile auf 1,5 Milliarden € gesenkt haben. Diesen Weg ignorieren Sie aus parteipolitischen Gründen.

Ich finde es bemerkenswert, Herr Witzel, wenn Sie hier von Seriosität in der Haushaltspolitik sprechen. Denn wenn man sich Ihr gemeinsames Vorgehen mit der CDU am heutigen Plenartag anguckt, erkennt man, dass Sie wie folgt vorgehen: Wir fordern mehr Geld für Brücken und Kommunen. Gleichzeitig verzichten wir auf Steuereinnahmen, indem wir die kalte Progression senken oder abschaffen. Wir machen keine Einsparvorschläge und wollen trotzdem die Schulden senken. – Das ist Voodoo-Mathematik, hat aber nichts mit seriöser Haushaltsführung zu tun.

(Beifall von der SPD)

Deshalb bitte ich Sie, für die Ausschussberatungen noch einmal ernsthaft über die Frage nachzudenken, ob wir nicht den politischen Inhalt dieses Nachtrags diskutieren können, ohne parteipolitische Spielchen zu treiben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes Drucksache 16/8650 – zweiter Neudruck** – an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Innenausschuss**, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Integrationsausschuss**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** sowie an

den **Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

3 Die Anerkennung der Flüchtlingspolitik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kuper das Wort.

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Die Städte und Gemeinden sind die Hauptbetroffenen der drastisch steigenden Flüchtlingszahlen. Das ist uns grundsätzlich allen klar – allen, außer offensichtlich dieser Landesregierung. Dieser Eindruck entsteht zumindest, wenn man sich die bisherigen Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik einmal näher anschaut.

Die Ministerpräsidentin betont immer gerne, dass sie an der Seite der Kommunen stehe, dass erkennbar sei, dass die Kommunen bis an den Rand ihrer Möglichkeiten belastet sind. Aber wer trägt denn hier in NRW die Verantwortung für die Flüchtlingspolitik? Frau Ministerpräsidentin Kraft gemeinsam mit dem Innenminister und den grün-roten Fraktionen!

Sie erstatten im Vergleich aller Bundesländer nach wie vor die geringsten Kosten für die Flüchtlinge an die Kommunen. Noch heute war das in verschiedenen Tageszeitungen nachlesbar.

Sie lassen die Kommunen mit den Kosten für mehr als 36.000 geduldete Flüchtlinge alleine im Regen stehen.

Sie erstatten die anteiligen Kosten nur für die Hälfte der tatsächlich zu versorgenden Flüchtlinge, die vor Ort sind, sodass für fast 30.000 Flüchtlinge – bei steigender Tendenz – kein einziger Cent fließt.

Sie haben keine strukturellen Verbesserungen der Pauschalerstattung bewirkt, sondern sich Ihre eigenen Versprechen, die Sie beim NRW-Flüchtlingsgipfel gegeben haben, auch noch vom Bund bezahlen lassen.

Weiterhin leiten Sie nahezu ungeprüft alle in NRW eintreffenden Menschen in die Kommunen weiter, was zur Überlastung der dortigen Aufnahmekapazitäten sowie der örtlich aktiven Ehrenamtler führt.

Jede andere Landesregierung weiß anscheinend die Arbeit ihrer Städte, Gemeinden und Kreise sowie der vielen Helferinnen und Helfer bei der humanitären Hilfe und bei der Aufgabe der Versorgung und Integration von Flüchtlingen finanziell mehr zu würdigen als Sie. So haben Stärkungspaktkommunen jüngst beispielhaft darauf hingewiesen, dass es durch die Flüchtlingsunterbringung zu ungedeckten Mehrausgaben in Millionenhöhe kommen wird.

Ohne Hilfe des dafür originär zuständigen Landes wird es hierdurch zu Steuererhöhungen in den Kommunen kommen. Die dadurch ausgelöste Diskussion vor Ort können wir alle nicht wollen.

Frau Ministerpräsidentin Kraft – ich hätte Sie gern direkt angesprochen –, wenn Sie nicht bald die Schultern, auf denen die Integration vor Ort ruht, zusätzlich stützen, werden diese unter der Last zusammenbrechen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Übernehmen Sie endlich die Verantwortung, sorgen Sie für eine echte Entlastung der Kommunen, und riskieren Sie nicht, die Stimmung vor Ort aufs Spiel zu setzen!

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mit dem vorgelegten Antrag fordern wir Sie dazu auf, die Flüchtlingskosten vollständig zu übernehmen. Das machen beispielsweise das Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern oder seit gestern auch Baden-Württemberg so. Wenn wirkliche Anstrengungen des Landes erkennbar sind, macht das auch ein Rufen nach dem Bund glaubhafter.

Ein erstes Anzeichen von Einsicht und Veränderung ist aktuell beim Ausbau der Kapazitäten in den Landeseinrichtungen erkennbar. Sie erhöhen die Zielmarke auf 16.500. Denn je mehr Plätze vorhanden sind, desto später werden Bewerber den Kommunen zugewiesen. Das haben Sie erkannt, und hier kommen Sie unseren Forderungen entgegen.

Noch vor einem Monat, beim letzten Flüchtlingsgipfel auf NRW-Ebene, stellte die Ministerpräsidentin wortreich fest, dass 10.000 Plätze erst einmal ausreichen würden und

(Zuruf: Erst einmal!)

die Forderung der CDU, die Zielzahl anzuheben, nicht wirklich helfe. – Doch, wir brauchen mindestens 20.000 überörtliche Landesplätze. Das sehen übrigens auch die Städte und Gemeinden so.

Aktuell leiten Sie alle Menschen binnen 14 Tagen an die Kommunen weiter, egal, woher sie kommen und welche Erfolgsaussicht auf ein Bleiberecht besteht. In einer solchen Zeit ist kein Asylverfahren prüfbar. Deshalb muss die Verweildauer deutlich verlängert werden. Es muss angestrebt werden, mit den Kapazitäten in den Landeseinrichtungen zukünftig eine am Asylverfahren orientierte Verweil-

dauer in den Einrichtungen gewährleisten zu können.

Die Landesregierung ignoriert dort bisher die eigene Verantwortung. Stattdessen wird ausschließlich nach mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF, gerufen. Eine kürzere Bearbeitungszeit beim BAMF bringt aber nur dann etwas, wenn auch die Aufnahmekapazitäten in NRW dergestalt sind, dass man das Verfahren in der Zeit entsprechend bewältigen kann.

Die heute unzureichenden Kapazitäten erzwingen, dass Asylbewerber bereits nach zwei Wochen in die Kommunen geschickt werden, weil für eine längere Unterbringung kein Platz ist. Sie schicken die Eingetroffenen letztlich ohne Kenntnis einer Bleibeperspektive in die Kommunen, lassen sie dort monatelang leben, mit der Integration beginnen, und wenn dann ein Antrag abgelehnt wird und die Menschen plötzlich wieder zurück sollen, droht der gesellschaftliche Konsens zu kippen.

Nach neuesten Schätzungen der Flüchtlingszahlen müssen wir mit einer Verdoppelung der eintreffenden Menschen rechnen. Wer die Bilder aus Syrien und Libyen von den Millionen auf Reisemöglichkeit wartenden Menschen sowie die europäische Wanderungsbewegung sieht, der wird weiter steigende Zahlen realistisch erkennen können. Passen Sie also endlich die NRW-Zahlen in den Landeseinrichtungen an die Realität an und verdoppeln Sie diese!

(Beifall von der CDU)

Wir alle wissen, dass der Weg dorthin schwer ist. Aber, meine Damen und Herren, bundesweit sind allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres 115.000 Anträge gestellt worden. Fast die Hälfte der Antragsteller kommt aus Europa, aus den Westbalkanstaaten und damit aus europäischen Staaten mit geringsten Anerkennungschancen, die eher gegen null gehen.

Deshalb sind die vom Bundesinnenminister beim letzten Flüchtlingsgipfel vorgeschlagenen Maßnahmen gut und geeignet.

Entscheidender sind die Weichenstellungen im Asylverfahren. Asylbewerber aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan, die eine klare Bleibeperspektive haben, sollen zukünftig früher die Chance auf Integration erhalten, und zwar durch frühere Integrationskurse, bessere Vermittlung in Arbeit und schnellere Entscheidungen über den Bleibestatus; und das ist gut so.

Daneben sollen die Verfahren von Asylbewerbern ohne Chance auf ein Bleiberecht schneller und effizienter bearbeitet werden. Diese sollen den Kommunen eben nicht mehr zugewiesen werden. Hier wird das Asylverfahren dann gesetzmäßig angewendet werden.

Das sind wirkliche Erwartungen für eine Entlastung unserer Kommunen durch den Bund. Aber diese

müssen auch auf Landesebene umgesetzt werden. Deshalb brauchen wir auch keine NRW-Sonderwege mit zusätzlichen Erlassen, die im Übrigen jüngst von den 15 Oberbürgermeistern in den Ruhrgebietskommunen – überwiegend SPD-Bürgermeister – entsprechend kritisiert worden sind.

(Zuruf bei der SPD: Und Bürgermeisterinnen!)

Die Landesregierung ist und bleibt in der Verantwortung dafür, meine Damen und Herren, dass Städte und Gemeinden, die vielen Ehrenamtler sowie die viel beschworene Willkommenskultur nicht überfordert werden.

(Beifall bei der CDU)

Denn in den Kommunen werden Flüchtlinge zu Mitbürgern, Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunden.

Dokumentieren Sie mit einer Zustimmung zu unserem Antrag Ihre Bereitschaft zur Veränderung und zur Übernahme der Verantwortung.

Sie und wir begrüßen damit die Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung, die Aufstockung des Personals beim BAMF und die Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber.

Sie und wir erkennen damit an, dass zur Sofortentlastung der Kommunen eine stärkere Differenzierung nötig ist.

Sie und wir setzen damit auf mehr Platzkapazität in den Landeseinrichtungen.

Sie und wir übernehmen als Land die finanzielle Verantwortung für unsere Städte und Gemeinden.

Gleichzeitig – und das stelle ich hier unbedingt in den Fokus – muss von uns allen an der Bekämpfung der Ursachen gearbeitet und mitgewirkt werden.

Die Lebenssituation und die Chancen für die Menschen in den Heimat- und Herkunftsländern gehören verbessert, und ein System für die Aufteilung der Verantwortung durch eine faire und ausgeglichene Beteiligung aller 28 Mitgliedsstaaten der EU muss sichergestellt werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Kuper, es ist richtig, dass durch den Flüchtlingsgipfel in Berlin niemand – ich betone: niemand – aus der Verantwortung entlassen worden ist. Im Gegenteil: Es ist und bleibt eine gemeinschaftliche Aufgabe, Flüchtlingen Schutz und Zuflucht zu gewähren.

Das sieht die Opposition in Berlin so, aber nicht die Opposition rechts von mir hier im Landtag. Es ist aus meiner Sicht nämlich verantwortungslos, den Versuch zu unternehmen, ein Thema, das sich nur in gemeinsamer Verantwortung lösen lässt, zu kleinteiligem parteipolitischen Geländegewinn zu nutzen, lieber Herr Kollege Kuper.

Offensichtlich reden Sie auch in Ihrer Fraktion arbeitskreisübergreifend nicht so intensiv miteinander. Wenn Sie nämlich den Beratungen insbesondere im Innenausschuss in den letzten Monaten gefolgt wären, hätten Sie manche Äußerung, die Sie hier vorne gemacht haben, nicht tätigen dürfen, lieber Herr Kollege.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus will ich auf eine Bemerkung, die ziemlich am Ende Ihrer Ausführungen gefallen ist, eingehen. Ich glaube, Sie haben den Sensibilitätserlass gemeint, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ausdrücklich begrüßen und für den wir uns auch beim Ministerium für Inneres und Kommunales bedanken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hier von Willkommenskultur spricht, wer von sensiblem Umgang mit Menschen spricht, die bei uns Schutz und Hilfe suchen, der darf doch Sensibilität im Umgang mit humanitären Fragen nicht in Abrede stellen.

Sie haben offensichtlich auch nicht mitbekommen, dass die Zeit gegenseitiger Vorwürfe vorbei ist und die Zeit einer gemeinsamen konstruktiven Bearbeitung dieser Herausforderung, die uns noch lange beschäftigen wird, begonnen hat. Das ist jetzt nicht mir eingefallen. Ich zitiere an der Stelle den Bundesinnenminister anlässlich des Flüchtlingsgipfels am 8. Mai im Bundeskanzleramt.

Es ist leider bei Ihnen hier in Nordrhein-Westfalen – insbesondere bei der CDU – noch nicht angekommen, dass es nur mit Gemeinsamkeit geht und dass es absolut widersinnig ist, den Versuch zu unternehmen, Schwarzer Peter zu spielen. Denn diese Schwarzer-Peter-Spiele haben als Ergebnis zwei Gruppen, die dabei verlieren. Zum einen sind es die Flüchtlinge und zum anderen unsere Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Angesichts dessen, was Sie unseren Kommunen in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung zugemutet haben, ist es doch wenig glaubhaft, wenn Sie sich jetzt hier zum Sachwalter kommunaler Interessen aufspielen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Kollege Lindner, Sie melden sich vollkommen richtig. Ich darf daran erinnern, dass wir beim Tagesordnungspunkt ...

(Weiterer Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Nicht quaken, sondern machen, Herr Lindner! Das gilt insbesondere dann, wenn es darum geht, Farbe zu bekennen.

Sie fordern hier – in vielen Fällen sind wir ganz nahe bei Ihnen – vom Land Anstrengungen, bleiben aber genau wie die CDU, wenn es darum geht, Ihren Forderungen Taten folgen zu lassen, jeden Nachweis eigener Handlungsfähigkeit schuldig. Wo, bitte, lieber Herr Lindner, wo, bitte, lieber Herr Kuper, waren bei den Haushaltsberatungen Ihre Haushaltsanträge und Deckungsvorschläge hinsichtlich der Frage, wie wir angemessen mit Flüchtlingen umgehen?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben hier vielen Menschen Dank zu sagen. Wir haben auch dem Bund zu danken, insbesondere aber den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern, die sich vor Ort ehrenamtlich engagieren. Wir haben festzustellen, dass es nach dem Berliner Flüchtlingsgipfel eine neue gemeinschaftliche Sicht der Dinge gibt. Außerdem haben wir festzustellen, dass das von maßgeblichen Politikerinnen und Politikern der Union genauso gesehen wird.

Der eine oder andere drückt sich an der Stelle womöglich ein bisschen schwierig aus. Ich habe zum Beispiel – freundlicherweise gibt es dazu einen Mitschnitt, damit man es nachlesen kann, ansonsten erschließt es sich nicht so – ein Zitat von Herrn Seehofer, das an Stoiber erinnert. Er sagt wörtlich:

„Mit dem heutigen Tage, glaube ich, haben wir die große Chance, dass die Sichtweise der einen Seite auf die andere Seite und umgekehrt zu Ende ist.“

Das ist nicht leicht zu verstehen. Das ist womöglich der umgangssprachlichen Geneigtheit bayerischer Politiker zuzuschreiben. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das richtig verstehe – man hat es ja aufgeschrieben, dann kann man es auch besser analysieren – sagt selbst Seehofer: Die Zeit, dass man sich gegenseitig an der Stelle Vorwürfe macht, ist zu Ende, und wir müssen uns zu unserer gemeinsamen Verantwortung bekennen.

Fazit an der Stelle ist doch: Niemand ist entlassen, niemand wird entlassen sein, und die Verantwortung trifft alle Ebenen.

Jetzt zu Ihrem Antrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es einmal biblisch ausdrücken: sehr viel alter Wein in neuen Schläuchen.

Sie hätten zum Beispiel in der letzten Plenarrunde – das gilt gerade für die CDU-Fraktion; andere haben sich enthalten und waren weiser – unseren Forderungen zustimmen können – wir haben einen schönen Entschließungsantrag formuliert, der hier eine breite Mehrheit gefunden hat – hinsichtlich der Fragen:

Welche Möglichkeiten hat die Europäische Union? Wie steht es mit der gerechten Verteilung von Flüchtlingen auf die einzelnen Mitgliedstaaten der EU? Was machen wir gemeinsam, um Fluchtursa-

chen in den Herkunftsländern wirkungsvoll zu bekämpfen?

Das steht in Ihrem Antrag. Es ist dankenswert, dass Sie das jetzt auch darin haben. Nur frage ich Sie, warum Sie dann in der letzten Plenarrunde unserem Antrag nicht zugestimmt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das stand wörtlich darin.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vielleicht haben Sie sich so verhalten, weil wir an der Stelle etwas anderes als Sie auch noch im Programm hatten, nämlich die Möglichkeit der legalen Einreise vor wirtschaftlichem Hintergrund. Wir haben darauf ganz bewusst Wert gelegt, weil wir denken, man kann über Zuwanderungsproblematik nur dann glaubhaft und im Gesamtzusammenhang reden, wenn man sich zum Beispiel auch der Frage nach einem Zuwanderungsgesetz stellt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Verbesserungen beim Flüchtlingsgipfel haben wir auch begrüßt. Auch dafür hätte es Ihres Antrages nicht bedurft. Ich erinnere an die hohe Übereinstimmung im Innenausschuss und an diverse Presseerklärungen über alle Fraktionen hinweg, in denen gesagt worden ist, das seien Schritte in die richtige Richtung. Ja, das will ich nicht verhehlen: Wir sind der Meinung, dass geht in die richtige Richtung. Wir loben das ausdrücklich. Nur wissen wir auch alle, dass die Schritte noch nicht weit genug gehen.

Da gilt wieder: ein bisschen mehr Mut, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Wir hätten hier die Möglichkeit – ich weiß, das ist ein bisschen wie Cato der Ältere im römischen Senat –, ein wirkliches Zeichen zu setzen, das den Kommunen und den Flüchtlingen hilft. Machen Sie sich doch unsere Forderung – das gilt dann auch für alle anderen Fraktionen im Landtag – nach der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes endlich zu eigen. Dann können wir in Berlin mit breiter Brust auftreten. Aber Sie von der CDU waren doch diejenigen, die genau an der Stelle in Berlin nicht mitgezogen haben.

(Beifall von der SPD)

Jetzt zur Frage, wie wir mit den Dingen weiter umgehen:

Ja, ich finde es gut, dass die strukturelle Beteiligung an den Kosten für die Betreuung und die Unterbringung der Flüchtlinge in Aussicht genommen wurde. Ja, ich finde es gut, dass die Übernahme der Kosten der Gesundheitsvorsorge für Flüchtlinge zu erwarten ist. Ja, ich finde es gut, dass die Übernahme der Kosten für Integration und Sprachförderung sowie die Beteiligung an den Dolmetscherkosten vorgesehen ist.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hoffen und wünschen – ich glaube, darüber besteht in diesem Hause auch großes Einvernehmen –,

dass das bei den weiteren Gesprächen in den Arbeitsgruppen in Berlin auch verbindlich vereinbart wird, denn was Sie hier betreiben, ist ein ganz kleines oppositionelles Karo, indem Sie auch ganz bewusst überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen wollen, was das Land bereits gemacht hat. Ich führe dazu nur Folgendes an:

Die Erhöhung der Pauschale nach dem FlüAG: Das waren eben mal so 40 Millionen € – aus Ihrer Sicht womöglich nicht genug, aber ich denke, gemessen an den Möglichkeiten des Landeshaushalts eine erhebliche Anstrengung.

Die Anrechnung der in Landeseinrichtungen untergebrachten Menschen für die betroffenen Kommunen: Auch das ist eine Änderung des FlüAG, die wir herbeigeführt haben, um vor Ort nachhaltig Möglichkeiten zur Entlastung zu schaffen.

Die Härtefallregelung bei der Entlastung von Krankheitskosten und die Weitergabe des nicht kreditierten Betrages der Bundeshilfe an die Kommunen: Bei Ihrer Kritik an uns verschweigen Sie immer wieder – das hat eine gewisse Nachhaltigkeit –, dass die Hälfte des Betrages, von dem Sie sprechen, nur darlehensweise zur Verfügung gestellt werden soll und wir das aus Landesmitteln bitte zurückzahlen haben. Auch hier wäre ein wenig mehr Wahrhaftigkeit für die Gemeinsamkeit offensichtlich förderlich.

Jetzt geht es um die Einrichtungen und die neuen Zahlen: Welche Glaskugel besitzen Sie, dass Sie der Landesregierung vorwerfen, auf Zahlen nicht reagiert zu haben, die das BAMF erst kürzlich korrigiert hat? Es ist doch wirklich, ich sage einmal, intellektuell unredlich, wenn Sie hergehen und von uns, noch bevor das BAMF die neuen Zahlen überhaupt genannt hat, verlangen, schon die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Sie haben es ja – da sehe ich mich in einer hohen Gemeinsamkeit auch bezogen auf die Einschätzung der Anstrengungen des Landes – eindeutig konzediert: 16.500 ist eine der Antworten.

Die entscheidende Antwort ist aber – auch daran müssen wir gemeinsam arbeiten – die Beschleunigung der Verfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir das nicht hinbekommen, haben wir bezogen auf die Menschen, und zwar jeweils diejenigen Flüchtlinge mit einer langfristigen Aufenthaltserwartung und diejenigen mit einer nur sehr kurzfristigen Bleibeperspektive, etwas ganz Falsches gemacht, denn dann hindern wir diejenigen, die einen Anspruch auf eine langfristige Bleibe hätten, an der Integration. Anderen erschweren wir eine mögliche Rückkehr dadurch, dass sie sich hier, so sage ich mal, zu lange aufhalten.

Das hat aber weniger mit uns zu tun, sondern eine ganze Menge damit, dass jetzt endlich die richtigen Konsequenzen gezogen worden sind. Ich glaube, diese 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr –

wobei mir klar ist, dass das nicht von heute auf morgen wirksam werden wird – sind auch hier ein Schritt in die richtige Richtung.

Wenn es allerdings – da haben Frau Howe, ich und andere erst kürzlich ein Fachgespräch geführt – noch sieben Monate dauert, bis die Akten der Fälle, die zu entscheiden sind, vom Bundesamt zu den Verwaltungsgerichten gelangen, dann sehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo das Nadelöhr ist. Dann sollte man bitte auch nicht versuchen, das mit kleinlichen parteipolitischen Zänkereien und Spielchen aufzumischen.

Ich darf Ihnen sagen, dass wir dennoch froh darüber sind, dass dieser Antrag gestellt wurde. Denn das gibt uns die Gelegenheit, anders als im Innenausschuss, in dem wir immer nur die Frage nach Einrichtungen und Kapazitäten stellen, das sich daraus ergebende Problem, dass wir sehr viele Menschen haben, die bei uns Schutz und Hilfe suchen, im Gesamtzusammenhang gemeinsam und in allen Facetten zu diskutieren.

Wir stimmen der Überweisung selbstverständlich zu und freuen uns darauf, dass wir im Rahmen unserer sachlichen Beratungen im Ausschuss auch Ihren Erkenntnishorizont ausweiten dürfen. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank Herr Körfges. – Für die grüne Fraktion spricht nun die Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde den Antrag der CDU-Fraktion in vier Kategorien einteilen, was die Forderungen und Feststellungen angeht. Erste Kategorie: begrüßenswerte Erkenntnisse. Zweitens: Die Landesregierung macht das schon. Drittens: Falschbehauptungen bis hin zu übler Nachrede. Viertens: ungläubwürdige finanzielle Forderungen.

Fangen wir mit der ersten Kategorie an, weil es durchaus etwas Positives zu vermelden gibt. Auch die CDU-Fraktion schreibt jetzt Sätze aufs Papier wie: gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden. Herr Kuper, herzlichen Glückwunsch zu dieser Erkenntnis. Ihre letzten Anträge in dieser Angelegenheit hatten diese Erkenntnis noch nicht; das Wort „gemeinsam“ tauchte dort nicht auf. Also – man sollte ja auch das Begrüßenswerte und Positive hier wertschätzend würdigen –, wir finden das gut.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Dann hört es aber schon auf mit den wertschätzenden Rückmeldungen, die ich jetzt zu geben habe.

Es geht weiter, vor allen mit den Sachen, bei denen Sie hier wirklich falsche Dinge behaupten und Unterstellungen in den Raum stellen, die hanebüchen sind.

Fangen wir an mit der Feststellung – sie zieht sich wie Prosa durch den Antrag, und Sie haben es auch gerade noch einmal in der Rede gesagt – unter Punkt 6: Die Landesregierung verweigert sich, die Ausbauziele für die Landeseinrichtungen - sie liegen bei 10.000 Plätzen - zu erhöhen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das hat er gerade korrigiert!)

Sie sieht keine Notwendigkeit und so weiter.

Die Landesregierung hat das auch in der Vergangenheit so nie dargestellt, Herr Kuper. Das ist einfach falsch. – Es gab ein Ziel. An diesem Ziel wird weiter gearbeitet, und es wird nicht anhand der Platzzahl definiert, sondern anhand der Aufenthaltsdauer.

Um was geht es uns? – Es geht darum, dass die Flüchtlinge mindestens vier Wochen in diesen Einrichtungen bleiben können, damit alles geordnet ablaufen kann. Um diese vier Wochen zu erreichen, waren aufgrund der alten Prognosen 10.000 Plätze avisiert, und in den ZUEs – auch das werfen Sie durcheinander – kommen im Übrigen noch die Erstaufnahmeplätze dazu.

Kommen Sie einfach einmal in den Innenausschuss; man müsste das vielleicht einmal zusammenfügen, Herr Kruse, damit nicht immer eine solche Parallelität entsteht. Sie müssten Ihrem Kollegen einmal mitteilen, was im Innenausschuss gesagt wird. Im letzten Innenausschuss hat der Innenminister auf meine Frage „Wie müssen wir denn jetzt angesichts der Prognosen die Zahlen anpassen?“ noch einmal sehr deutlich gesagt, dass es immer mittelfristig das Ziel war und die 10.000 Plätze jetzt selbstverständlich angepasst werden müssen.

Das war also nie irgendein Festhalten. Vielmehr ging es immer darum, wie viel wir in diesem Jahr schaffen. Das Ziel war und bleibt immer, mindestens diese vier Wochen zu erreichen.

Dass das jetzt länger dauert – damit bin ich natürlich auch nicht zufrieden; es ist aber nun einmal so; hören Sie sich vor Ort an, welche Probleme es dort gibt –, hat einfach etwas damit zu tun, dass sich die Flüchtlingszahlen von einem Jahr zum anderen mal eben verdoppeln, um es ganz klar zu sagen,

(Minister Ralf Jäger: Seit vier Jahren!)

und zwar schon seit mehreren Jahren in Folge. Insofern reicht die gegenwärtige Ausbaugeschwindigkeit nicht aus. Das ist eine richtige Feststellung.

Es hat aber nichts damit zu tun, dass hier die Ziele falsch gesetzt sind. Die Ziele sind und bleiben, hier

einen ordentlichen Aufenthalt zu ermöglichen und die Verfahren ordentlich abzuwickeln.

Zu dem Punkt „Falschbehauptungen und Unterstellungen“ zählt auch Ihre Behauptung, die Landesregierung könne mit den Platzkapazitäten in den Einrichtungen kein ordentliches Asylverfahren garantieren. Herr Kuper, wer ist denn für Asylverfahren zuständig? Das ist nicht das Land, es sind nicht die Ausländerbehörden, sondern es ist das Bundesamt. Dort stellt man als Flüchtling seinen Antrag. Ein ordentliches Asylverfahren kann auch gar nicht von der Landesregierung garantiert werden, sondern nur vom Bundesamt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Selbst wenn die Flüchtlinge jetzt drei Monate oder sechs Monate oder für manche Länder ein Jahr in der Erstaufnahmeeinrichtung wären – was überhaupt nicht wünschenswert ist; die Menschen sollen sich ja vor Ort integrieren –, gäbe es immer noch Flüchtlinge, die bis dahin noch nicht einmal angehört worden sind, weil im Bundesamt dafür gar keine Stellen zur Verfügung stehen, obwohl die Menschen einen gesetzlich garantierten Anspruch auf ein ordentliches Asylverfahren haben. Auch mit den avisierten Stellen, die im Übrigen alle noch nicht da sind, wird dieser Anspruch nicht zu erfüllen sein.

Die Belastung für die Kommunen, die Sie hier zu Recht ansprechen, hat etwas damit zu tun, dass die Menschen dort noch nicht einmal, wie es eigentlich sein soll, mit einer Gestattung ankommen, die das BAMF ausstellt, wenn sie einen Asylantrag stellen, sondern mit einer sogenannten BÜMA, einer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender. Das hat zur Folge, dass sie von der Kommune aus wieder zu einer Außenstelle des BAMF gefahren werden müssen. Das sehen Sie im zweiten Nachtrag zum Haushaltsplan an den Ansätzen für Transportkosten.

Diese Transportkosten, die wir als Land finanzieren, haben wir nicht zu verantworten, sondern der Bund, weil er diesen Menschen kein ordentliches Asylverfahren garantieren kann. Das wird auch noch sehr, sehr lange dauern. Da können wir Platzkapazitäten schaffen, wie wir wollen! Auch hier gibt es eine völlige Verdrehung der Verantwortung. Das ist nicht redlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie machen hier eine Milchmädchenrechnung auf, indem Sie sagen, wir sollten die Menschen in Asylbewerber erster Klasse und Asylbewerber zweiter Klasse unterteilen, also diejenigen, die schnell gehen, schnell machen und die anderen nach Anerkennungquote der Herkunftsländer aussortieren; dann würden die Kommunen alle entlastet.

Auch das ist eine Falschaussage. Was passiert denn jetzt aufgrund der Zusage, dass die Kosovaren bis zum Abschluss ihres jeweiligen Asylverfah-

rens in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben und dass diese Verfahren schnell durchgeführt werden? Das heißt, dass ihre Akten beim Bundesamt einfach von unten nach oben kommen. Wer bleibt denn dann aufgrund fehlender Stellen einfach unten liegen? Was passiert mit denen?

Herr Kuper, das sind Menschen – ich habe mit ihnen gesprochen; ich habe das im Innenausschuss auch dargestellt –, die ein Jahr oder sogar zwei Jahre auf ihre Anhörung beim BAMF warten. Abgesehen von der Belastung für die Menschen ist das auch eine Belastung für die Städte und Gemeinden, weil diese Menschen, die ihr Asylverfahren wahrscheinlich auch positiv beschieden bekommen, bis dahin keine Chance haben, sich hier zu integrieren. Auch diese Kostenbelastung hat nicht das Land zu verantworten. Das heißt: Auch das ist eine Milchmädchenrechnung.

Zum Schluss komme ich zu den unglaublichen finanziellen Forderungen, die Sie hier aufstellen. Auch das finde ich nicht redlich. Ich habe mich neulich noch gefragt – wir waren hier ja auch fünf Jahre in der Opposition –: Haben wir hier jemals

(André Kuper [CDU]: Nie! Niemals!)

– ich kann mich nicht erinnern – inhaltliche Anträge auf die Tagesordnung gesetzt, die Folgekosten von mehreren 100 Millionen € nach sich gezogen haben? Herr Kuper, wenn das was, Sie hier fordern, so umgesetzt würde, wären das mehrere 100 Millionen €.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Eine halbe Milliarde!)

Solche Anträge in den Raum zu stellen und gleichzeitig nicht zu sagen, wie das zu finanzieren ist: Nein, das haben wir in der Opposition hier nicht gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Diesen Minimalanspruch sollte eine Opposition, die hier ernst genommen werden will, auch erfüllen. Sie haben hingegen beim vorigen Tagesordnungspunkt, bei dem es darum ging, dass wir immerhin 200 Millionen € nachsteuern, von denen 180 Millionen € in den Flüchtlingsbereich gehen, kritisiert, es werde nicht genug gespart, während Sie einen Atemzug später hier mehrere 100 Millionen € mal eben in den Raum stellen, die wir morgen schon ohne Probleme für die Geduldeten und die anderen Flüchtlinge eins zu eins an die Kommunen weitergeben könnten.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist unredliche Politik. Das sind parteitaktische Spielchen auf dem Rücken der Menschen. Ich bitte Sie, hier zu einer gemeinsamen Verantwortung zurückzukehren. Damit komme ich auch auf meine positive Eingangsbemerkung zurück. Ja, es ist eine gemeinsame Verantwortung. Ich halte es auch in diesem Landtag für eine gemeinsame Verantwort-

tung von Regierung und Opposition, damit wir hier das gute gesellschaftliche Klima, das wir im Land haben, erhalten. Ich bitte Sie, zu redlicher Politik zurückzukehren. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Düker. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident! – Frau Kollegin Düker, wenn Sie in dieser Stunde Opposition wären, hätten Sie vor dem Hintergrund dessen, was das Land in der Frage der Flüchtlingspolitik finanziell leistet, hier in der Tat den Untergang des christlichen Abendlandes verkündet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das will ich an dieser Stelle einmal sagen. Sie sollten der CDU also nicht vorwerfen, Anträge zu stellen, die geeignet sind, dass wir dieses Thema sachlich diskutieren, so wie Sie das auch wollen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist aber unsachlich!)

Selbstverständlich, Frau Kollegin Düker, kann man sich auch die Frage stellen: Was ist eigentlich neu an diesem Antrag der CDU?

(Monika Düker [GRÜNE]: Nichts!)

Ich komme darauf gleich noch zu sprechen, will aber zunächst sagen, dass die Herausforderungen natürlich gewaltig sind. Das ist nicht nur zu Beginn dieser Debatte angeklungen, sondern auch vorhin im Rahmen der Nachtragshaushaltsdebatte. Da wir in diesem Jahr allein in Nordrhein-Westfalen 88.000 Erstanträge auf Asyl plus mehrere Tausend Folgeanträge erwarten, wissen wir, dass diese Herausforderung gewaltig ist.

Wir wissen auch, dass trotz einer Vielzahl von Initiativen aus diesem Hause das Land Nordrhein-Westfalen bei der Kostenübernahme im Vergleich der Bundesländer immer noch ganz hinten liegt. Das muss und darf man an dieser Stelle auch sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Minister Ralf Jäger: Das stimmt doch gar nicht!)

Deswegen hat die CDU das Recht, die Landesregierung mit diesem Antrag an ihre Verantwortung zu erinnern.

Meine Damen und Herren, im Grunde genommen läuft es nach den üblichen Spielregeln auch bei diesem Thema: Seitens Rot-Grün wird die Strategie verfolgt, die finanzielle Verantwortung für zwingend notwendige Maßnahmen eher auf der Bundesebene zu suchen und die Kommunen bei der Flücht-

lingsversorgung eher ein wenig im Regen stehen zu lassen. Das ist die Taktik, die Sie verfolgen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das anzusprechen ist Pflicht einer Oppositionspartei. Daher ist es auch richtig, dass wir in dieser Plenarwoche erneut über diese Frage sprechen.

Nun zu der Fragestellung: Was ist neu an diesem CDU-Antrag? – Neu ist, dass jetzt das Ergebnis des Flüchtlingsgipfels des Bundes und der neuesten Entwicklungen auf der europäischen Ebene begrüßt wird.

Ob man diese Ergebnisse wirklich begrüßen kann, wage ich zumindest zu bezweifeln.

Schauen wir uns zunächst die europäische Ebene an. Die gerechte Verteilung der Lasten der Flüchtlingsunterbringung auf der europäischen Ebene ist ungeklärt. Ich darf daran erinnern, dass es Länder wie Tschechien oder die Slowakei gibt, aber auch baltische Staaten, die erheblichen Widerstand gegen den Vorschlag der EU-Kommission angemeldet haben. Wenn ein tschechischer Ministerpräsident der EU-Kommission sogar vorwirft, die Debatte mit den neuesten Vorschlägen für ein Quotensystem – ich zitiere – „unnatürlich zu beschleunigen“, dann ist das beschämend. Es schadet der Migrationsdebatte in Europa und in Deutschland. Deswegen sind Ergebnisse auf der europäischen Ebene bisher Mangelware. Das gehört zur Wahrheit.

Kommen wir zu den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels auf Bundesebene. Für viele war auch das eher Grund zur Enttäuschung und nicht Grund zur Freude. Konkrete Entlastungen und auch dynamische Entlastungen für die Kommunen hat es nicht gegeben. Auch wenn es richtig ist, Schnellverfahren für Herkunftsländer mit geringer Anerkennungsquote durchzuführen und die Bewerber bis dahin in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu belassen, muss man sagen, dass das nicht neu ist. Wir wissen, dass mit den Menschen aus dem Kosovo schon so verfahren wird. Auch die Ankündigungen, Sprachkurse für Flüchtlinge zu öffnen, ist erst einmal nur eine Ankündigung.

Das Einzige, was konkret geschehen ist, ist die Personalaufstockung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf jetzt 4.200 Beschäftigte. Auch da hilft ein Blick in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Dort steht als Ziel, die Bearbeitungsdauer von Asylanträgen auf drei Monate abzusenken.

(Minister Ralf Jäger: Richtig!)

Seit dem letzten Jahr sind wir momentan bei rund sieben Monaten. Auch das gehört zur Wahrheit. Und wenn jetzt immer noch 200.000 unbearbeitete Asylanträge beim BAMF liegen, dann kann man vielleicht zu der Erkenntnis gelangen, dass die Personalaufstockung zwar dringend geboten ist, aber

viel zu spät gekommen ist. Das, so finde ich, muss deutlich werden.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Meine Damen und Herren, einig sind wir uns meines Erachtens bei einer Feststellung: Der Bund muss für die Asylbewerber und für die Flüchtlingskontingente des Bundes und die Länder für die jeweiligen Landeskontingente die Verantwortung haben. Wenn das so stringent organisiert würde, dann käme es auch nie zu diesen langen Verfahrensdauern und diesem enormen Bearbeitungsstau von diesen vielen Anträgen. Dann gäbe es auch nicht die Ankündigung, 2.200 Personen einzustellen, sondern sie wären längst da und würden schon lange arbeiten. Auch das gehört zur Wahrheit.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren auch von der Union: Ein uneingeschränktes Lob in Richtung Berlin ist aus meiner Sicht jedenfalls noch nicht angebracht.

Solange sich die Grundsatzentscheidung, dass derjenige, der die Kosten verantwortet, diese am Ende auch bezahlt, auch bei diesem wichtigen Themenfeld der Flüchtlingspolitik nicht durchgesetzt hat, bleibt es dabei, dass wir diese Baustellen haben, über die wir reden. Da ist das Land natürlich weiter in der Pflicht.

Am Ende, meine Damen und Herren – das lassen Sie mich abschließend sagen –, kommt es auch auf die Qualität der Flüchtlingsversorgung an. Die Qualität der Flüchtlingsversorgung in den Kommunen ist ein ganz entscheidender Gesichtspunkt für eine gelungene Integration.

Da bleibt es eine unumstößliche Tatsache: Wir stehen im Vergleich zu anderen Ländern viel schlechter da. Herr Kollege Körfges, Sie haben, ich meine, zu Beginn Ihres Wortbeitrages heute einen netten Ausspruch getan. Und mit einem Zitat von Ihnen möchte ich meine Rede beschließen. Sie haben gesagt:

„Nicht quaken, sondern machen!“

Dann machen Sie und legen etwas Vernünftiges, was dauerhaft zustimmungsfähig ist und

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir sind dabei!)

was die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen auch mit Herz annimmt, vor. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abruszat. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Abruszat, dass Sie für die Qualität der Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen

stehen, finde ich sehr lobenswert. Ich freue mich jetzt schon auf die weiteren Beratungen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Höre ich da ein wenig Ironie?)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, als wir im März über Ihren Antrag „Städte und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen“ diskutierten, habe ich gesagt, dass wir Piraten es immer richtig und wichtig finden, wenn sich die Politik und der Landtag der finanziellen Probleme der Kommunen und der prekären Situation der Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen annimmt.

Auch heute muss ich wieder ein lautes „Aber“ anfügen. Was haben Sie für einen Plan, wenn Sie im Prinzip Ihren Antrag vom letzten Mal noch einmal einbringen, der wirklich nichts Neues enthält? Sie haben lediglich dramatisierende Zahlen eingepflegt. Das ist das Einzige. Sie reden von Millionen, die auf der Flucht nach Europa sind. Sie reden von Hunderttausenden, die auf dem Weg nach Deutschland sind, als stünden wir kurz vor dem Untergang.

Nein, nicht wir stehen vor dem Untergang, sondern die Menschen, die in bankrotten Staaten unter korrupten Regierungen keine Lebensperspektive haben und die Menschen, die sich und ihre Familien aus Kriegsgebieten in Sicherheit bringen wollen und sogar eine Flucht über das Mittelmeer als ihre letzte Rettung ansehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir stehen nicht vor dem Untergang – mit der höchsten Zahl von Beschäftigungsverhältnissen und den höchsten Steuereinnahmen der Geschichte.

In Ihrem Antrag befassen Sie sich überhaupt nicht mit der Situation, die die Geflüchteten in den Kommunen und in den Landesaufnahmeeinrichtungen in NRW heute vorfinden – kein Wort über die Notaufnahmen in Turnhallen, Schulen und Baumärkten, kein Wort über die mangelnde Gesundheitsversorgung, über die fehlende psychologische, rechtliche und soziale Betreuung, über die Isolation, kein Wort über Flüchtlingsfeindlichkeit, sei es von bestimmten Gruppen, ganzen Gemeinden oder auch von Behörden.

Das finde ich mehr als bedauerlich, denn immerhin haben Sie, Kollegen von der CDU – Herr Kollege Laschet ist leider gerade nicht da –, in einem Zehnpunkteplan nach Burbach sehr fortschrittliche Vorschläge zur Integration gemacht. Davon ist aber wohl leider nichts übrig.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ist nicht mehr Stand der Forschung!)

Deshalb muss ich wie beim letzten Antrag wieder darauf aufmerksam machen, dass es falsch und gefährlich ist, immer wieder von „guten“ und von „schlechten“ Flüchtlingen zu sprechen.

(Beifall von den PIRATEN und Hans-Willi Körfges [SPD])

Mit „guten“ meinen Sie zum Beispiel Kriegsflüchtlinge aus Syrien und mit „schlechten“ meinen Sie Roma und andere Minderheiten aus den Westbalkanstaaten.

(Ralf Nettelstroth [CDU]: Was soll das denn?)

Aus den diversen Innenausschusssitzungen weiß ich, dass Sie glauben, das angebliche Flüchtlingsproblem in Deutschland ließe sich durch konsequente Abschiebung lösen.

Sie negieren die massive Diskriminierung von Minderheiten und erzählen, dass es ohne Flüchtlinge vom Balkan keine Probleme bei der Unterbringung gäbe.

(Widerspruch von André Kuper [CDU])

Sie nennen diese Menschen pauschal „Wirtschaftsflüchtlinge“. Schauen Sie in die aktuellen Zeitungen. Da ist vom „Pulverfass Mazedonien“ die Rede und davon, dass das Land kurz vorm Zusammenbruch steht und von der Mafia regiert wird. Nach „sicherem Herkunftsstaat“ klingt das für mich nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie bedienen in Ihrem Antrag wieder einmal die Ängste der Biedermänner und Brandstifter dieser Republik. Das Schlimme ist, dass Sie mit der Forderung nach einem Zweiklassenasylsystem das Grundrecht auf Asyl pervertieren. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes dachten nicht an Schnellverfahren und Abschiebezentren, als sie aufgrund der Erfahrungen des Dritten Reiches ein schrankenloses Grundrecht auf Asyl schufen.

Leider sorgt die rot-grüne Landesregierung seit Anfang des Jahres für die von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, geforderten Abschiebezentren für Kosovaren. Menschen werden nach ihrer Herkunft kategorisiert und abgesondert. Solche Segregationen lehnen wir Piraten nicht nur aus menschenrechtlicher Perspektive ganz klar ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Von solchen Abschiebezentren sollen die Menschen nicht den Kommunen zugewiesen werden, sondern nach Ende ihrer Schnellverfahren direkt in den Kosovo zurückgeschickt werden. Schnellverfahren im Asylprozess führen aber dazu, dass die geflüchteten Menschen de facto keine Rechtsmittel einlegen können und keine Möglichkeiten haben, gegen Fehlentscheidungen vorzugehen.

(André Kuper [CDU]: Stimmt doch nicht! Das ist doch falsch! – Ralf Nettelstroth [CDU]: Sie haben ein normales rechtsstaatliches Asylverfahren!)

Ein Asylverfahren in 14 Tagen mit anschließender Abschiebung, wofür die Landesregierung extra Fahrzeuge beschaffen will, raubt den Menschen ih-

re grundlegenden Rechte. Dass diese Schnellverfahren in der Praxis nicht wirklich funktionieren, hilft wenig, denn allein der Plan ist schon falsch. Abschiebung kann nicht die Lösung für die nordrhein-westfälische Flüchtlingsaufnahme sein.

Ich möchte die verbleibende Redezeit für eine kurze Bestandsaufnahme der Situation der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen nutzen. Die Situation in den Landesaufnahmen wurde vor Burbach immer beschönigt, und die Opposition wurde regelrecht belogen. Dieses Spiel setzt sich aber auch nach Burbach fort.

In der letzten Sitzung des Innenausschusses wurden wir auf Wunsch der Landesregierung über die Berücksichtigung der Schutzbedürftigkeit Asylsuchender im Rahmen des EASY-Verfahrens informiert. Angeblich wird in diesem Verfahren die spezielle Schutzbedürftigkeit von Traumatisierten, Schwangeren, Kindern, Menschen mit Behinderungen, Vergewaltigungs- und Folteropfern schon bei der Erstverteilung der Asylbegehrenden zwischen den Ländern ermittelt und berücksichtigt. „Verteilung“ bedeutet, dass Asylsuchende nach bestimmten Kriterien einer geeigneten Erstaufnahmeeinrichtung zugeordnet werden.

Nur einen Tag nach der Unterrichtung über das Verfahren mussten wir dann aus der Presse erfahren, dass eine schwangere Frau trotz Blutungen von der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Hamburg nach Burbach geschickt worden sei – trotz ärztlicher Anweisung, dass die Frau im Bett bleiben solle. Die Frau verlor in Burbach ihr Kind. Was passiert da in den Verwaltungen? Hier muss noch einmal mehr klargemacht werden, dass es um Menschen geht, die hin- und hergeschoben werden.

Schauen Sie bei Twitter mal unter „#Burbach“ nach. Burbach ist gleichbedeutend mit Schande, und das ist Ihre Schande, Herr Jäger. Obwohl wir Piraten für jede Sitzung des Innenausschusses einen Bericht über die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen anfordern, erfuhren wir wieder nur über die Presse, dass gegen 50 Menschen im Zusammenhang mit dem Misshandlungsskandal von Burbach von der Staatsanwaltschaft Siegen ermittelt wird. Darunter sollen sich Mitarbeiter der Bezirksregierung und Polizisten befinden. Das ist so ungeheuerlich, dass ich keine Worte dafür habe.

Im Oktober habe ich dazu Folgendes gesagt:

„Wenn herauskommt, dass die Polizei, Mitarbeiter des Innenministeriums oder der Bezirksregierung Bescheid wussten, müssen die Verantwortlichen gehen.“

Das meine ich auch heute noch so. Wenn Polizisten, Mitarbeiter des Ministeriums und der Bezirksregierung auch nur geahnt haben, dass da gefoltert wurde, reicht es nicht mehr, die betreffenden Personen einfach zu versetzen. Solche Menschen haben nichts im Staatsdienst verloren.

(Lebhafter Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir werden über diesen Antrag und den Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land im Landtag und in den Ausschüssen weiter sprechen. Wir Piraten werden alles dafür tun, dass es ein menschenwürdiger Umgang wird, denn es geht um Menschen und nicht um Zahlen.

Wir erwarten auch, dass sich die Betonköpfe in Berlin und in Europa bei ihren Flüchtlingsgipfeln nächste Woche und Anfang Juni endlich bewegen und die Hilfe und die humanitäre Verantwortung in den Mittelpunkt stellen und nicht die Abschiebung sowie die Abschottung. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Herrmann. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei nordrhein-westfälische Flüchtlingsgipfel, permanente Beratungen zur Flüchtlingsunterbringung in jeder Sitzung des Innenausschusses in diesem Haus – man könnte meinen, dass ein solcher Antrag zum heutigen Plenartag eigentlich überflüssig sei. Das erscheint inhaltlich auch so, gibt mir aber Gelegenheit, Herr Kuper, auf das einzugehen, was ich hoffe und glaube, bis zum 18. Juni bei der Ministerpräsidentenkonferenz unter Teilnahme der Kanzlerin zu erreichen.

Der Flüchtlingsgipfel der Bundesregierung hat klare Aufträge erteilt. Sechs Arbeitsgruppen müssen bis zum 11. Juni 2015 Vorschläge vorlegen, wie diese gesamtstaatliche Aufgabe, diese gemeinsame Aufgabe, Flüchtlinge in diesem Land unterzubringen, gemeinsam wahrgenommen werden kann. In zwei dieser Arbeitsgruppen hat Nordrhein-Westfalen die Federführung. Ich will gleich auf einiges eingehen und darstellen, wie wir bis zum 18. Juni 2015 Vorschläge entwickeln wollen, wie insbesondere unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen entlastet werden und wir zugleich trotzdem rechtsstaatliche Asylverfahren und menschenwürdige Unterbringung garantieren können. Das ist eine Herausforderung.

Doch ich will deutlich sagen, was die Haltung aller 16 Bundesländer in diesem Verfahren ist und auch am 18. Juni 2015 bei der Ministerpräsidentenkonferenz sein wird: Alle 16 Bundesländer werden unisono erklären, dass sich der Bund stärker als in der Vergangenheit engagieren muss. Er darf nicht länger Kommunen und Länder in der Finanzierung alleinlassen.

Er muss vor allem sein Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dazu befähigen, rechtsstaatliche

Asylverfahren tatsächlich durchführen zu können. Wir haben 200.000 unbearbeitete Asylanträge in Deutschland.

Ich will auf einen Fall eingehen und daran verdeutlichen – die Zahl 200.000 ist etwas Abstraktes –, was sich tatsächlich für die Menschen, im Übrigen auch finanziell für die Kommunen, hinter dieser Zahl verbirgt.

Trotzdem sage ich – da gebe ich Ihnen recht –: Wir können nicht nur die Verantwortung des Bundes einfordern, sondern wir müssen selbst einer Verantwortung nachkommen. Das tut diese Landesregierung. Wir haben eine große humanitäre Verantwortung. Wir haben große Anstrengungen zu unternehmen, um Flüchtlingen Schutz und Zuflucht zu gewähren.

Deshalb haben wir bei dem ersten nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgipfel gemeinsam konkrete Maßnahmen vereinbart – übrigens mit Zustimmung der CDU, mit Zustimmung der FDP, die, wie auch andere in diesem Haus vertretene Fraktionen, an diesem Flüchtlingsgipfel beteiligt waren –: Erhöhung der Pauschale für die Kommunen um 40 Millionen € auf 183 Millionen €, Härtefallregelung in der Größenordnung von 3 Millionen € zur Entlastung bei hohen Gesundheitskosten, Weitergabe der Bundesmittel in der Größenordnung von 54 Millionen €.

Gerade heute Vormittag haben wir den zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 beraten. 180 Millionen € zusätzlich für das Kapitel „Asyl“ und 800 neue Stellen in Nordrhein-Westfalen, um insbesondere die Integration von Flüchtlingskindern in diese Gesellschaft zu erreichen. 800 zusätzliche Stellen!

(Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

Ich glaube, dass wir erhebliche Teile der Hausaufgaben, die wir zu erledigen haben, tatsächlich erledigt haben.

Lassen Sie mich bitte darauf eingehen, dass wir nicht versuchen sollten, uns in einem politischen Klein-Klein imaginäre Verantwortung zuzuschieben. Wir leben in einer Welt, in der uns diese Flüchtlingsströme in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen diese Herausforderung zu stemmen, aber die politischen Rahmenbedingungen der Europäischen Union sind dringend zu ändern.

Ich will das Thema „Westbalkan“ nennen. Fast die Hälfte der Asylbewerber, die zurzeit nach Deutschland kommt, kommt aus dem Westbalkan, kommt aus zukünftigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Diese Staaten sind in Beitragsverhandlungen. Der Glaube der Europäischen Union, dass sie einen armen Hinterhof unmittelbar vor ihrer eigenen Haustür tolerieren könnte, zu glauben, die Menschen blieben dort, wo sie sind, ist eine fatale Fehleinschätzung.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich kann jeden Familienvater sehr gut verstehen, der sich mangels Perspektive, mangels Beschäftigungsmöglichkeiten, mangels Bildungsmöglichkeiten für die eigenen Kinder, mangels Gesundheitsversorgung in Serbien und Albanien mit seiner Familie auf den Weg nach Deutschland macht in der Hoffnung, hier Asyl zu erhalten. Sie werden hier kein Asyl erfahren; das ist klar. Deshalb müssen wir an den Ursachen dort arbeiten.

Es muss klar sein: Bevor Serbien und Albanien Mitgliedsstaaten Nummer 29 und 30 in der Europäischen Union werden, muss der Umgang insbesondere mit der Ethnie Roma in diesen Ländern geklärt sein. Dort müssen Lebensbedingungen herrschen, die es nicht erforderlich machen, sich auf den Weg in andere Länder zu begeben, um das Mindestmaß an menschlichem Leben erfahren zu können.

Wir sehen abends die Nachrichten aus dem Nordirak, aus Syrien. Wir wissen ganz genau: Das ist die humanitäre Katastrophe unseres Jahrzehnts. Allein in Syrien sind siebeneinhalb Millionen Menschen auf der Flucht. Der kleine Libanon mit vier Millionen Einwohnern hat eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen. Wir werden in den nächsten Jahren erleben, dass dieser syrische Konflikt nicht lösbar sein wird. Es kommen Flüchtlinge hierher, die nicht nur ein paar Monate bleiben. Sie werden lange bleiben, und einige von ihnen werden für immer bleiben. Darauf muss sich die deutsche Flüchtlingspolitik einstellen, und hier sind dringend Veränderungen notwendig.

Die erste Veränderung, die notwendig ist: Dieses Land muss sich dazu bekennen, dass die Aufnahme von Flüchtlinge eine gemeinsame nationale Aufgabe aller staatlichen Ebenen ist. Den Unterbringungsdruck, auch den Finanzierungsdruck, den Druck, diese Menschen in eine Gesellschaft zu integrieren, tragen zurzeit ausschließlich die Länder und die Kommunen, ausschließlich. Es ist zurzeit keine gemeinsame staatliche Aufgabe. Dieses Bekenntnis muss am 18. Juni 2015 von der Kanzlerin bei der Ministerpräsidentenkonferenz erklärt werden.

Das heißt auch, dass sich der Bund – zusätzlich zu der finanziellen Beteiligung der Länder – strukturell an den Kosten beteiligt. Es kann nicht sein, dass man bundesseits versucht, sich mit Einmalbeträgen wie dieser 1 Milliarde € aus der eigenen politischen Verantwortung freizukaufen.

Die Hauptlast in der Flüchtlingsaufnahme tragen nämlich heute unsere Kommunen. Sie sind zum Teil an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Meine Damen und Herren, es ist eine herausragende Aufgabe für uns als Landesregierung, zu versuchen, unsere Kommunen bestmöglich zu unterstützen. Ein Ziel muss – insbesondere im Interesse unserer Kommunen – darüber hinaus aber erreicht

werden – was wir am 18. Juni 2015 in den Arbeitsgruppen verhandelt haben und zurzeit noch verhandeln, dient nahezu ausschließlich dazu, die Situation unserer Kommunen zu verbessern –: Wir brauchen eine Verkürzung der Verfahrensdauern, die ausschließlich der Bund zu verantworten hat.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

750 neue Stellen beim BAMF – ja, endlich, nachdem man Jahre verschlafen hat. 2.000 Stellen sind perspektivisch in Aussicht gestellt.

Nur, um es deutlich zu machen, Herr Kuper: Wenn der Teil des Koalitionsvertrags der Großen Koalition in Berlin tatsächlich Wirklichkeit würde, nämlich die Verfahren auf drei Monate zu verkürzen, zöge das eine finanzielle Entlastung unserer Kommunen um die Hälfte nach sich – eine finanzielle Entlastung um die Hälfte allein durch die Verkürzung der Verfahren beim BAMF!

Aber was bedeutet es neben dem Unterbringungsdruck und den finanziellen Aufwendungen in unseren Kommunen eigentlich, wenn die durchschnittliche Bearbeitungsdauer sechs Monate beträgt und 200.000 Asylanträge liegen geblieben sind? Was bedeutet das eigentlich?

Frau Düker, die, wie ich glaube, jede Landeseinrichtung besucht hat, hat in der letzten Innenausschusssitzung den Fall eines Menschen aus Ostafrika geschildert, der seit 20 Monaten auf eine Anhörung beim BAMF wartet: der seit 20 Monaten in der Gemeinschaftsunterkunft einer Kommune untergebracht ist, der seit 20 Monaten keinen Anspruch auf einen Sprachkurs hat, der seit 20 Monaten vergeblich einen Arbeitgeber sucht, der ihn beschäftigt, auch wenn er keinen gesicherten Aufenthaltsstatus hat.

Es ist sträflich, die Chancen, die diese Zuwanderung mit sich bringt, durch lange Verfahrensdauern kaputtzumachen. Genau das ist es, was wir zurzeit erleben.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Land, Bund und Kommunen, aber auch – und das ist die vierte wichtige Säule – eine Aufgabe der Menschen vor Ort. Noch haben wir eine Willkommenskultur in diesem Land: dass Menschen spontan spenden, sich in unseren Flüchtlingseinrichtungen ehrenamtlich engagieren und dabei genau wissen, dass diejenigen, die zu uns kommen, manchmal eine wochen- oder monatelange Flucht hinter sich haben, Schlimmes erlebt haben, alles zurückließen und vielfach traumatisiert sind. Es gibt viel bürgerschaftliches Engagement. Das ist nicht hoch genug zu schätzen.

Aber zugleich, Herr Kuper, sind Rattenfänger in diesem Land unterwegs, beispielsweise in Dortmund, wo eine rechtsextremistische Partei jeden Montagmorgen vor anderen Asylbewerberunterkünften auf-

läuft, mit Fackelmärschen versucht, die Menschen einzuschüchtern, sich zu einer selbsternannten rechten Bürgerwehr uniformiert und jetzt, ganz aktuell, perfide Fahndungsplakate herausgegeben hat, laut denen gemeldet werden soll, wo sich bei der evangelischen Kirche Asylbewerber verstecken. Sie versuchen, die Öffentlichkeit anzustacheln.

(Zuruf von André Kuper [CDU])

Bei allem Streit um Kosten und Verfahren dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, dass in diesem Land keine Parteipolitik auf Kosten der Flüchtlinge stattfinden darf – auch nicht in diesem Haus.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Herr Kuper, deshalb ärgert mich diese Debatte. Sie ärgert mich, weil Sie versuchen, die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner 396 Kommunen gegeneinander auszuspielen und die Verantwortung zu verdrehen. Ich frage Sie allen Ernstes: Welche politischen Geländegewinne wollen Sie eigentlich mit dieser Debatte heute erzielen?

(Widerspruch von Ralf Nettelstroth [CDU])

Statt solche Debatten über die angebliche oder die tatsächliche Verantwortung des Landes zu führen – leider ist Herr Laschet nicht da –, würde ich mir sehr wünschen, dass der CDU-Landesverband, an der Spitze sein Vorsitzender, mit dafür sorgt, dass es am 18. Juni klare Entscheidungen gibt, und dass er seinen Einfluss auf die Bundespolitik dahin gehend zur Geltung bringt, dass sie klar sagt: Wir haben eine humanitäre, aber wir haben auch eine strukturelle finanzielle Verantwortung, um das Ganze hier zu stemmen.

Zuletzt: Bei allen Debatten über die Flüchtlingspolitik in diesem Land darf man eines nicht vergessen: In diesem Land leben 80 Millionen Menschen. Wir sind die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. 400.000 Menschen in diesem Land aufzunehmen, ihnen in einem rechtsstaatlichen Asylverfahren die Chance zu geben, hierzubleiben, ist eine echte Herausforderung, aber keine Überforderung, und wir werden das schaffen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mich gefragt, warum er eigentlich auf der Tagesordnung steht. Wir hatten das alles nämlich schon. Wir hatten das hier, und wir hatten das in den Ausschüssen; wir haben das alles schon rauf- und runterdiskutiert, und jetzt liegt es hier wieder auf dem Tisch.

Herr Kuper, ich habe gedacht, wahrscheinlich ist das jetzt ein Vorwand, um sich noch einmal lieb Kind bei den Kommunen zu machen. Die Kommunen wissen ganz genau, in welcher Situation das Land ist. Die Kämmerinnen und Kämmerer wissen, dass das Land schon sehr viel getan hat und sehr viel tut.

Die Redner von vorhin haben schon darauf hingewiesen: 91 Millionen € wurden beim ersten Flüchtlingsgipfel beschlossen, im Nachtragshaushalt – vor 20 Minuten haben wir darüber gesprochen – waren es weitere 180 Millionen €. 800 neue Stellen wurden für die Bildung und Betreuung der Flüchtlinge geschaffen.

(Zuruf von den PIRATEN: Davon kriegen die Kommunen aber nichts!)

Darauf sind Sie mit keinem Wort eingegangen. Stattdessen lese ich in diesem Antrag nur Forderungen an die Landespolitik. Keine einzige Forderung richtet sich an die Bundesregierung.

Ich will das noch einmal ganz deutlich sagen: Die Menschen, die zu uns kommen, kommen nicht nach Düsseldorf, Wuppertal, Solingen, Moers oder Duisburg, sondern sie kommen nach Deutschland. An der Stelle wird völlig klar, wer eigentlich am meisten in der Verantwortung steht.

Herr Abruszat hat gerade gefragt: Was ist neu an diesem Antrag? – Nichts ist neu. Das Einzige, was neu ist, ist, es wird gefordert, dass die Landesregierung die Zustände in Afrika sortiert und dafür sorgt, dass die Menschen dort bleiben und nicht versuchen, zu flüchten. Das ist neu.

Aber auch das hatten wir schon im letzten Plenum, nämlich im Entschließungsantrag von Rot-Grün, in dem wir geschrieben haben, wir bitten die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass die Menschen in den Herkunftsländern bleiben und die Zustände dort verbessert werden. Auch das ist also noch nicht einmal richtig neu. Aber Sie haben wahrscheinlich etwas gesucht, was ein bisschen von dem Thema kommunale Finanzen ablenkt.

Auf drei Punkte will ich noch einmal kurz eingehen. Der eine ist die Beschleunigung des Asylverfahrens. Auf Druck dieser Landesregierung hat das Bundesinnenministerium gesagt, wir schaffen noch einmal 2.000 Stellen. Es war der Druck dieser Landesregierung, der dazu geführt hat, dass man dort zur Einsicht gekommen ist.

Der Ausbau der Kapazitäten in den Landeseinrichtungen: Herr Kuper, es ist nicht nötig, uns aufzufordern, dass wir dort mehr tun. Wir machen schon viel mehr.

Und ich beziehe mich auf den regelmäßigen Bericht des Innenministers im Innenausschuss – Herr Kruse weiß das, vielleicht hätten Sie Herrn Kruse den Antrag noch einmal querlesen lassen sollen –: An der Stelle wird uns regelmäßig darüber berichtet,

wie der Ausbau in den Landeseinrichtungen vorstattgeht.

Er geht sehr zügig voran, und wir wissen das. Sie waren dabei – Herr Kruse, auch Sie waren dabei –, als wir Ende letzten Jahres, nämlich Oktober oder November, gesagt haben, wir werden versuchen, die Kapazitäten auf 10.000 auszubauen. Das war für Sie völlig in Ordnung.

Jetzt haben wir auf einmal die Prognosen vom BAMF, durch die wir auf einmal merken, wie sich die Zahlen entwickeln. Das heißt für uns, dass wir nachsteuern müssen.

Die berühmte Glaskugel jedoch, von der Herr Körfiges gerade gesprochen hat, haben wir leider nicht. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat diese Kugel nicht. Deswegen besteht für uns an dieser Stelle immer nur die Chance, zu reagieren. Das versuchen wir händeringend. Wir suchen nach Möglichkeiten, um die Flüchtlinge unterzubringen. Vielleicht können Sie hierbei mithelfen. Immerhin schreiben Sie, dass es eine gemeinsame Verantwortung von Land, Bund und Kommunen gibt. Es wäre gut, wenn Sie dabei mithelfen würden, dass wir das hinbekommen.

Zu den Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen hat, glaube ich, jeder alles gesagt. Wir haben dargestellt, was wir alles tun: Im letzten Jahr haben wir 91 Millionen € beschlossen. Gerade haben wir über 180 Millionen € diskutiert, die werden ebenfalls beschlossen werden. Die Menschen sehen, dass Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung durchaus nachkommt.

Auch das Thema „gemeindeübergreifende Flüchtlingsunterbringung“ war in der letzten Innenausschusssitzung völlig klar, Herr Kruse. Das hätten Sie dem Kollegen vielleicht auch mitteilen sollen: Auch hier haben wir kein Problem damit, wenn die Kommunen übergreifend miteinander reden.

Ich möchte mit den Worten des Innenministers schließen, der gesagt hat, dass wir für eine gemeinsame Verantwortung kämpfen müssen, damit die Akzeptanz in der Bevölkerung und in den Kommunen so bleibt, wie sie heute Gott sei Dank vorhanden ist. Dafür wäre ich Ihnen dankbar. Dieser Antrag hilft dabei aber nicht. Lassen Sie ihn uns trotzdem im Innenausschuss erneut diskutieren. Ich freue mich nicht darauf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Nettelstroth.

Ralf Nettelstroth (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte mir schon gewünscht, dass wir die Debatte sehr ernst-

haft führen. Wenn sich der Kollege auf eine solche Debatte nicht freut, ist das schon sehr bedauerlich.

Herr Körfges, in der Tat sagen wir: Das ist eine gemeinschaftliche Aufgabe! – Nur bedeutet „gemeinschaftliche Aufgabe“ auch, dass die Träger dieser Aufgabe möglichst gleich stark sein müssen. Die Schwächsten sind in diesem Zusammenhang die Kommunen. Selbst Sie, der Sie auch im kommunalpolitischen Ausschuss tätig sind, werden nicht in Abrede stellen können, dass wir in Nordrhein-Westfalen einmal mehr das Schlusslicht bilden und die rote Laterne haben. Nur scheint die rote Laterne für Sie mittlerweile ein Zeichen für „vorne“ zu sein; denn nach dem, wie hier diskutiert wird, hat man den Eindruck, dass in Nordrhein-Westfalen alles in Ordnung ist.

Frau Düker, Ihre Ziele sollten Sie am Bedarf orientieren und nicht an den vermeintlichen Möglichkeiten. Für uns ist das Problem die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen. Da sieht es nämlich so aus, dass nur 25 % der Kosten der Kommunen übernommen werden – und das bei Kommunen, die sowieso schon die Klammsten im ganzen Lande sind. Das ist das Problem: Ein ganz wesentlicher Brückenpfeiler der Solidarität wird demnächst wegbrechen, wenn Sie diese Kommunen weiter überlasten und dazu zwingen, zur Refinanzierung der Kosten für die Flüchtlingsaufnahme die Grundsteuern zu erhöhen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker?

Ralf Nettelstroth (CDU): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Kollege, ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Kommunen die Hauptlast tragen. Das ist richtig. Unterstützung ist notwendig. Das haben wir im Übrigen auch gemacht.

Meine Frage lautet: Sie haben in Ihrem Antrag unter den Punkten 4 und 5 eine vollständige Kostenübernahme durch das Land nicht nur für die im FlüAG gezählten Flüchtlinge, sondern auch noch für alle Geduldeten gefordert. Werden Sie dazu einen entsprechenden Antrag für den zweiten Nachtragshaushalt stellen, in dem die Flüchtlingskosten enthalten sind? Wenn ja: Wie sieht Ihre Deckung aus?

Ralf Nettelstroth (CDU): Vielen Dank für Ihre Zwischenfrage. Sie haben es in der Tat richtig erkannt – einige Kollegen scheinen das nicht erkannt

zu haben –: Es geht uns darum, dass wir zu einer Spitzabrechnung der Aufwendungen für die Kommunen kommen, wie in Bayern, wie im Saarland, wie in Mecklenburg-Vorpommern, wie demnächst in Sachsen-Anhalt und seit gestern im Grunde auch in Baden-Württemberg. Dort macht man es zwar über Pauschalen, kommt aber auch auf 100 %.

Das führt natürlich dazu, dass die 183 Millionen €, die Sie dieses Jahr vorgesehen haben, nicht ausreichen werden. Da sind wir bei Ihnen. Deshalb werden wir gemeinsam mit Ihnen in den Fachausschüssen darüber zu diskutieren haben, wie wir die Deckung hinbekommen.

Es wurde immer die Frage gestellt, wo der Beitrag der CDU ist; das haben Sie außer Acht gelassen. Die Verhandlungen mit dem Bund finden am 18. Juni 2015 statt, und diese Verhandlungen werden durch unsere Diskussion flankiert. Der nordrhein-westfälische Innenminister hat doch das Problem, dass er mit Innenministerkollegen aus Bayern, aus Baden-Württemberg usw. zusammensitzt, die eine Spitzabrechnung mit den Kommunen machen, während bei uns nur 25 % bis 30 % abgerechnet werden. Der Bund stellt sich dann die Frage: Wie will denn Nordrhein-Westfalen sicherstellen, dass die Kommunen – die leider nicht mit am Tisch sitzen werden – die Refinanzierung dieser Mittel hinbekommen?

Das ist eine Frage, die in der Tat sehr spannend ist. Wir würden uns wünschen, dass auch die Kommunen am 18. Juni 2015 an einer solchen Verhandlung teilnehmen könnten. Dabei verkennen wir nicht die Aufgaben des Bundes, wir sehen aber die besondere Aufgabe des Landes und natürlich die der Kommunen, die hier am Ende der Kette stehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich fortfahren. In der Tat handelt es sich um eine gemeinschaftliche Aufgabe. Herr Körfges, Integration findet in den Kommunen statt, und nur dort findet sie statt. Dort wird eine tolle Arbeit geleistet. Das wird hier keiner in Abrede stellen wollen.

In der Tat nehme ich diese Willkommenskultur auch wahr. Ich nehme aber auch wahr, dass sich immer mehr Kommunen in Nordrhein-Westfalen finanziell nicht mehr in der Lage sehen, diese Lasten zu tragen. Das ist nicht etwa nur ein Vortrag der CDU, sondern das sehen mittlerweile auch die Spitzenverbände so. Ich brauche Sie nur auf die entsprechenden Resolutionen dazu zu verweisen.

In der Tat wird das Problem für Kommunen immer größer. Ich will gar nicht von dem Stärkungspakt-Kommunen reden, die überhaupt keine Möglichkeit haben, diese Dinge vernünftig aufzugreifen, es sei denn durch Steuererhöhungen. Im Endeffekt wird nämlich diese Mehrbelastung dazu führen, dass diese Willkommenskultur zu kippen droht. Das ist aber nicht unser Interesse. Deshalb wollen wir jetzt schon darauf hinwirken, gemeinsam dafür zu sor-

gen, dass das Land – genauso wie andere Länder auch – in Verantwortung tritt und eine Spitzabrechnung vornimmt.

Der Kollege Abruszat hat heute etwas ganz Wichtiges angesprochen, nämlich das Wort „Konnexität“. Das bedeutet, die Verantwortung dort anzusiedeln, wo sie politisch hingehört. Da sind wir bei Ihnen. Auch wir sind der Auffassung, dass der Bund Verantwortung übernehmen muss. In der Tat müssen die Verfahren schneller und kürzer werden; sie müssen konzentrierter durchgeführt werden. Beispiele sind hier hinreichend genannt worden.

Es heißt aber auch, dass sich das Land in die Verpflichtung nehmen lassen muss. Es kann nicht richtig sein, dass wir Asylsuchende schon nach zwei Wochen – am Anfang waren es zwei oder drei Tage, jetzt sind wir immerhin bei zwei Wochen, wofür wir auch schon dankbar sind – in die Kommunen weiterreichen, teilweise ohne dass die entsprechenden Voraussetzungen – wie zum Beispiel gesundheitliche Untersuchungen, Erstantragsabfertigung usw. usf. – erfüllt sind.

Denn das Problem, das in den Kommunen entsteht, ist, dass dort natürlich mit der Zeit ein Integrationsprozess stattfindet – je länger diese Verfahren laufen, desto stärker wird dieser Integrationsprozess –, und es dann ebenso natürlich immer schwieriger wird, mit denjenigen umzugehen, deren Asylanträge abgelehnt werden. Es ist hier und heute nicht meine Aufgabe, den Asylartikel der Verfassung zu hinterfragen. Aber dort ist von politischer Verfolgung die Rede. Deshalb sind wir sehr dafür, dass ein rechtsstaatliches Verfahren durchgeführt wird, das zu entsprechenden Ergebnissen führt.

Das heißt auch, dass man mit denjenigen, die kein Asyl bekommen, entsprechend umgehen muss. Das heißt im Umkehrschluss, dass man die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit den 33.000 abgelehnten Asylbewerbern – die weiterhin bei den Kommunen kostenmäßig hinterlegt sind – nicht im Regen stehen lassen darf.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Deshalb ist diese Zahl, Herr Jäger, hier bewusst angesprochen worden. Ich denke, da sollten sowohl das Land als auch der Bund finanzielle Verantwortung übernehmen, damit die Kommunen dieser ihrer Aufgabe nachkommen können.

Ich freue mich daher auf die gemeinsame Diskussion in den nun hier zu beauftragenden Ausschüssen und bin sicher, dass wir diese Dinge inhaltlich sehr intensiv diskutieren werden. Ich hoffe, dass wir am 18. Juni 2015 ein gutes Ergebnis für unser Land – aber bitte auch für unsere Kommunen – erzielen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/8639** an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Integrationsausschuss** sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe auf:

4 Einrichtung einer Enquete-Kommission „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten – Qualifikation und Fachkräftenachwuchs für Handwerk 4.0 sichern, Chancen der Digitalisierung nutzen, Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit stärken“

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8652

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion als erstem Redner Herrn Kollegen Bombis das Wort.

Ralph Bombis (FDP): Ganz herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! 200.000 Betriebe, 100 Milliarden € Umsatz, deutlich mehr als 1 Million Beschäftigte – das ist das Handwerk hier in Nordrhein-Westfalen. Eine erstklassige duale Ausbildung und damit ein hervorragender Berufseinstieg für 85.000 junge Menschen, eine darauf aufbauende Qualifizierung – besonders zu nennen ist natürlich der Meisterbrief – und damit einer der Wege zu Wohlstand und gesellschaftlichem Aufstieg in unserem Land – auch das ist das Handwerk in Nordrhein-Westfalen.

Aber die gesellschaftliche Bedeutung des Handwerks geht weit darüber hinaus. Unsere in den Städten und Kommunen verhafteten Betriebe des Handwerks und des Mittelstand bedeuten unternehmerisches und bürgerschaftliches Engagement – vor Ort. Sie bedeuten ehrenamtlichen Einsatz für Aus- und Fortbildung sowie in der Selbstverwaltung der Wirtschaft – vor Ort. Und sie bieten jungen Menschen Zukunfts- und Karriereperspektiven – vor Ort.

(Beifall von der FDP)